



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/189

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn, den 16. August 1951
Friedrich Ebert-Allee 170

Wohlleb-Kampagne mit Hintertür	S. 1
Neuer Kurs in Frankreichs Außenpolitik ?	S. 3
Kleine Panne im Blücher-Telegramm	S. 4
Bayrische Abfuhr für Remer	S. 5

"Noch ist Baden nicht verloren"

F.B. Sonderkuriere aus Freiburg sind in diesen Tagen in Bonn eingetroffen und haben dem Bundesinnenministerium einen von der gesamten südbadischen Landesregierung unterzeichneten Schriftsatz überbracht, der die Bundesregierung in beschwörenden Formulierungen auffordert, die für den 16. September vorgesehene Abstimmung über den Südwest-Staat zu verschieben, bis der Oberste Bundesgerichtshof über die Anfechtungsklage Wohllebs entschieden hat. Es fehlen in dem südbadischen Alarmruf auf der anderen Seite auch nicht die Drohungen, denn, so heißt es darin, wenn die Bundesregierung sich nicht kurzfristig entschleße, die Abstimmung zu vertagen, müsse sich die "Südbadische Staatsregierung" ernsthaft überlegen, ob sie noch weiter an den Vorbereitungen einer Abstimmung mitwirken dürfe, die "nach ihrer pflichtgemäß gewonnenen Überzeugung auf einem verfassungswidrigen Gesetz" beruhe. Bei der zu erwartenden Vernainung dieser Frage werde die südbadische Regierung zu folgern haben, daß sie "nach Maßgabe etwa im Grundgesetz gegebener Möglichkeiten die Durchführung der Volksabstimmung und damit auch die Verantwortung den dann hierzu berufenen Organen des Bundes überlassen muß". Die Bundesregierung ihrerseits hat jedoch erklärt, daß sie nicht gewillt ist, Exekutivmaßnahmen durchzuführen da sie hofft, mit Südbaden zu einer Einigung zu kommen.

Der Schritt der südbadischen Landesregierung kommt nicht

überraschend, hatte doch Wohlleb nach den Abstimmungen im Bundestag und Bundesrat, und nachdem die Anrufung des Vermittlungsausschusses abgelehnt wurde, pathetisch angekündigt, daß er den Kampf um sein Ländchen fortführen werde und aus dem polnischen Sprachschatz entlehnte er seine Schlußpointe, als er rief: "Noch ist Baden nicht verloren".

Daß es noch nicht verloren ist, soll ihm der Bundesgerichtshof bestätigen, der nach seiner Bildung über Wohllebs Klagen zu verhandeln haben wird. Ohne dem Urteil des Bundesgerichtshofes vorgreifen zu wollen, kann man jedoch schon heute feststellen, daß die juristischen Argumente Südbadens auf sehr schwachen Füßen stehen. Der Artikel 29 des Grundgesetzes sieht ausdrücklich die Aufhebung von Ländern und die Bildung größerer Länder vor, ja, er gestattet selbst territoriale Veränderungen gegen den Willen einer Gebietskörperschaft wenn in einer Abstimmung eine Mehrheit der Wahlberechtigten dafür erzielt wird. Über den Abstimmungsmodus wird sowohl in diesem Artikel wie im Artikel 118 des Grundgesetzes nichts vorgeschrieben, und es bleibt somit dem Gesetzgeber völlig freigestellt, wieviel Abstimmungsbezirke er bildet und in welcher Form die Aussählung der Stimmen erfolgt. Es ist politisch von großer Bedeutung, daß durch das Abstimmungsgesetz keine Majorisierung der Bevölkerung der alten Länder erfolgt. Da das Gesetz aber ausdrücklich vorsieht, daß der Südwest-Staat erst dann als gebildet anzusehen ist, wenn in drei Abstimmungsbezirken eine Mehrheit dafür erreicht wird (einer der Abstimmungsbezirke ist Nordbaden, das Wohlleb mit Südbaden zu Altbaden vereinigen möchte) entfällt dieses Argument von vornherein.

Wenn man die Abstimmungskampagne betrachtet, gewinnt man im übrigen den Eindruck, daß Wohlleb sich selbst des Erfolges seiner Klage nicht allzu sicher ist. Er reist landauf und landab, verleiht Stadtrechte, veranstaltet badische Volksfeste und läßt Kinder - auf Kosten der Gemeinden - von der Landesregierung mit einheitlichen altbadischen Lebkuchenherzen beschenken. Nun hat er zu alledem dem Ausgang der von ihm so gefürchteten Abstimmung eine deutliche Prognose gestellt: Er hat seine Minister in Bausch und Bogen zu Ministerialräten ernannt, um ihnen in einem ministerärmeren Südwest-Staat wenigstens eine beamtete Existenz zu garantieren.

Die beiden Schuman vom Quai d'Orsay

A.F.-Paris, Mitte August

Wenn auch Robert Schuman das Außenministerium behalten hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß die im Rahmen der Regierungsneubildung in Frankreich eingetretenen persönlichen Veränderungen die Pariser Außenpolitik beeinflussen. Im Gegensatz zum bisherigen Ministerpräsidenten Queuille interessiert sich René Pleven sehr aktiv für außenpolitische Angelegenheiten und überläßt ihre Erledigung nicht ausschließlich dem Fachminister. Außerdem ist der stellvertretende Ministerpräsident Bidault, der an sich gern in den Quai d'Orsay zurückgekehrt wäre, nicht nur mit den Angelegenheiten der Landesverteidigung beauftragt, sondern auch mit der Erledigung derjenigen Fragen, die mit dem Atlantikpakt in Beziehung stehen. Eine genaue Trennung der strategischen und politischen Ebenen wird hier nicht möglich sein, besonders da dies den Absichten Bidaults kaum entspricht. Erwähnenswert ist ferner die Ernennung eines besonderen Staatssekretärs im Außenministerium. Es handelt sich zwar dabei um einen Parteikollegen Robert Schumans. Unabhängig von dieser politischen Verwandtschaft und der Namensgleichheit, versteht sich der ausgewählte, ehemalige Präsident der Volksrepublikanischen Partei und zu den führenden politischen Persönlichkeiten des Landes gehörende Maurice Schuman mit seinem ihm theoretisch übergeordneten Minister persönlich ziemlich schlecht. Ihre beiden Charaktere sind auch kaum miteinander zu vereinbaren. Die Hintergründe dieser eigenartigen Ernennung sind noch wenig bekannt. Man kann lediglich feststellen, daß die Außenpolitik Robert Schumans bisher in ihren großen Zügen von Maurice Schuman vorbehaltlos gebilligt wurde. Möglicherweise ist diese Ernennung eine Art Rückversicherung gegen den Einfluß des beiden Schumans wenig sympathischen Bidaults.

Pleven und Bidault werden zweifellos die atlantische Linie der französischen Außenpolitik nicht nur beibehalten, sondern voraussichtlich auch verstärken. Bidault betrachtet sich, mit Recht oder Unrecht, als Vater des Atlantikpaktes, während Pleven zur Zeit seiner ersten Ministerpräsidentenschaft nach Washington fuhr, um Truman von der politischen Zuverlässigkeit Frankreichs zu überzeugen.

Außenminister Schuman billigte zwar ebenfalls die atlantische Politik, er versuchte aber gleichzeitig, eine restlose Bindung Frankreichs an die Vereinigten Staaten zu vermeiden und den Weg für eine etwaige Mittlerrolle offen zu halten.

Etwas unklarer liegen die Verhältnisse für die Deutschlandpolitik. Von den vier sich zukünftig um die äußeren Angelegenheiten kümmernden Persönlichkeiten ist Robert Schuman wohl derjenige, der bereit ist, den deutschen Wünschen am weitesten entgegen zu kommen. Maurice Schuman ist etwas zurückhaltender, während Bidault die Erinnerung an seine eigene, weitgehend im ersten gaullistischen Fahrwasser segelnde Außenpolitik noch nicht ganz überwand.

Über diese Teilprobleme hinaus wird es das Bestreben der französischen Außenpolitik sein, wieder stärker initiativ zu wirken und sich aktiver am internationalen Geschehen zu beteiligen. Es gehörte zu den ersten Meinungsäußerungen der Auswärtigen Ausschüsse der neugewählten Nationalversammlung, die ungenügende Beteiligung Frankreichs an der Ausarbeitung des japanischen Friedensvertrags und die Nichtbeteiligung des Landes an dem am 1. September zu unterzeichnenden Pazifikpakt zu bedauern.

Nicht weniger peinlich erscheint den Pariser diplomatischen Kreisen die weitere Zurückdrängung des französischen Einflusses im Mittleren Osten und besonders der britische Versuch, die Regelung der Sicherheitsfragen im Mittelmeer gewissermaßen über den Kopf Frankreichs hinweg vorzubereiten. Ob die beabsichtigte, diplomatische Initiative des Quai d'Orsay von Erfolg gekrönt sein wird, ist vorläufig nicht abzusehen. Man darf aber bereits jetzt eine wesentlich größere Empfindlichkeit der französischen Diplomatie, auch Deutschland gegenüber, erwarten.

Der Vize wird seinen Kanzler kennen, deshalb setzt er dessen Absicht voraus, die Verhandlungspartner "einzufangen". Alles, was Dr. Adenauer bisher tat, um mit den Gewerkschaften in ein gutes Verhältnis zu kommen, was ihn zu mehr oder weniger widerwilligem Entgegenkommen veranlaßte, wird hier in den Motiven hoffnungslos bloßgelegt: Das enthüllende Wort deckt die ganze Unaufrichtigkeit eines Vorgehens auf, das nach außen mit dem Begriff der sozialen Verantwortung operiert, tatsächlich aber von dem taktischen Bedürfnis ausgeht, den Gesprächspartner zu übertölpeln. - Der Vizekanzler hat schon manche Ungeschicklichkeit begangen. Die Wahl dieses Wortes, von dem er freilich nicht annehmen konnte, daß es publik werden würde, stellt in dieser Hinsicht eine besondere Leistung dar.

+ + +

Remers gescheiterte Mission in Bayern

M.R. In der vergangenen Woche hatte Ernst Remer versucht, mit drei seiner Trabanten Vorbereitungen für den organisatorischen Aufbau der SRP auch in Bayern zu treffen. An mehreren Orten, u.a. in Nürnberg, Augsburg und Bayreuth hat er jeweils 15 bis 20 Personen, zumeist stadtbekannte ehemalige Nazigrößen schriftlich eingeladen, an solchen Gründungsversammlungen teilzunehmen. Bei seinem Nürnberger Aufenthalt war er Gast der Gräfin Faber-Castell, der Mitinhaberin der bekannten Nürnberger Bleistiftfabrik gleichen Namens.

Die SPD und die Gewerkschaften haben in Verlautbarungen kein Hehl daraus gemacht, daß sie mit allen innen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen neuerliche rechtsradikale Gruppen vom Schlage Remers auftreten werden. Um Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern, hat der sozialdemokratische Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner alle Veranstaltungen rechtsradikaler Parteien und Gruppchen, voran die der SRP und des Deutschen Blocks von Karl Meissner, verboten.

Dieser Versuch Remers, in Bayern Fuß zu fassen und die deutliche Abfuhr, die er in der bayrischen Presse, in den offiziellen politischen Kreisen und nicht zuletzt durch das bayrische Kabinett erfahren hat, dürften ihm eigentlich eine Überzeugung gewinnen lassen, daß seine Bestrebungen hier auf eine energische Abwehr stoßen. Wenn der Koalition in Bayern und den SPD-Mitgliedern dieses Kabinetts eine ganz besonders Aufgabe gestellt ist, so ist es die, auch mit allen zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmitteln ein Wiederaufleben des Neofaschismus in Bayern unter allen Umständen zu verhindern.

Der Landesvorsitzende der SPD hat, unterstützt von allen Gremien der Partei, wiederholt auf die Gefahren hingewiesen, die sich ergeben könnten, wenn solche Gruppen versuchen sollten, sich in das politische Leben in Bayern einzuschalten.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau